

Neuer Gesetzesparagraf: Penisfotos jetzt strafbar in Österreich!

Wien führt neuen Paragrafen gegen digitale Gewalt ein: Dick Pics werden strafbar, um Frauen besser zu schützen.

Wien, Österreich - In Österreich ist jede dritte Frau mindestens einmal im Leben von sexualisierten Übergriffen oder Gewalt betroffen. Dies verdeutlicht die Dringlichkeit, mit der Gesellschaft und Gesetzgeber auf diese Problematik reagieren müssen. Das Thema wurde erneut in den Fokus gerückt, als Justizministerin Anna Sporrer einen neuen „dick pic“-Paragrafen ankündigte, der das Versenden von Penisfotos künftig strafbar machen soll. Laut **ots.at** erfordert es ernsthafte Maßnahmen, um die zunehmende digitale Gewalt einzudämmen und Opfern zu helfen.

Gewalt hat viele Formen, die durch den technologischen Wandel neue Dimensionen annehmen. Online-Gewalt, einschließlich Hasskommentaren und dem Versenden unerwünschter sexueller Inhalte, gehört zunehmend zu den Herausforderungen, denen sich Frauen gegenübersehen. Aktuelle Studien zeigen, dass junge Frauen, die digitale Gewalt erleben, häufig auch analoge Gewalt durch die gleichen Täter erfahren haben, was eine gefährliche Verbindung zwischen den beiden Gewaltformen aufzeigt, wie die **bpb.de** dokumentiert.

Umfassende Unterstützungsmaßnahmen

Die österreichische Regierung hat begonnen, ein umfassendes Netzwerk zum Schutz vor Gewalt aufzubauen, insbesondere in Wien. Hier gibt es mehrere Anlaufstellen wie die

Kompetenzstelle gegen Cybergewalt, die speziell für Frauen, die online bedroht werden, Unterstützung bietet. Zudem wurden Einrichtungen wie das fünfte Frauenhaus und ein spezielles Frauenhaus für Mädchen eröffnet. Der **Frauennotruf (01/71 71 9)** und der Frauenhaus-Notruf (05 77 22) stehen als wichtige Hilfsangebote zur Verfügung.

Ein weiterer bedeutender Schritt ist die Novelle des Veranstaltungsgesetzes in Wien, die darauf abzielt, präventive Awarenessmaßnahmen zu fördern, damit Feiern und Veranstaltungen sicherer gestaltet werden. Indem Gewaltprävention somit integraler Bestandteil öffentlicher Veranstaltungen wird, könnten viele Übergriffe bereits im Vorfeld vermieden werden.

Digitalisierung und Gewalt

Die Auswirkungen digitaler Gewalt sind tiefgreifend und machen es notwendig, dass der Gesetzgeber die bestehende Rechtslage überdenkt. Eine EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt trat erst im Juni 2024 in Kraft und zeigt, dass auf diesem Gebiet noch viel getan werden muss. Die Berichte über Cyberstalking, Hate Speech und andere Formen digitaler Gewalt verdeutlichen dies eindringlich. Laut der **Initiative D21** erkennen viele Betroffene nicht, dass sie Gewalt erleben, was die Suche nach Unterstützung erschwert.

Es ist klar geworden, dass digitale Gewalt nicht nur spezifische Maßnahmen erfordert, sondern auch ein Umdenken in der Gesellschaft, um die Sicherheit von Frauen und Transpersonen im Internet zu erhöhen. Dazu gehören auch Diskussionen über technische Restriktionen und eine mögliche Klarnamenpflicht im Internet. Es bleibt zu hoffen, dass die anstehenden Maßnahmen nicht nur rechtliche Fortschritte bringen, sondern auch das öffentliche Bewusstsein für die Gefahren digitaler Gewalt schärfen.

Details	
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.bpb.de • initiated21.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at